



84
84
84
84

Ausland lockt

(Reuter) Immer mehr Studenten und Dozenten wollen sich im Ausland weiterbilden. Nach einer von der EG-Kommission in Brüssel veröffentlichten Erklärung haben 73 000 Studenten und Dozenten für das Studienjahr 1991/92 eine Teilnahme an Universitäts-Austauschprogrammen und damit auch Geld aus dem ERASMUS-Programm der EG beantragt. Das sei eine Steigerung um 33 Prozent bei den Studenten und 20 Prozent bei den Hochschuldozenten, so die Kommission. Schon jetzt sei absehbar, daß trotz Aufstockung des Etats auf rund 152 Millionen von 123 Millionen DM die Mittel nicht reichen.

Einheitlich

(UZ-Korr.) Die Vorstände der deutschen Agrarwissenschaftlichen Gesellschaft (zwig) und der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) wollen sich langfristig zu einer einheitlichen Organisation zusammenschließen.

Kontakte zu GB

(ADN) Der Anbahnung von Kontakten zwischen Forschungseinrichtungen der neuen Bundesländer und Großbritannien diene ein zweitägiges Forum, das kürzlich in Berlin tagte. Der Gedankenaustausch zwischen Vertretern der britischen Forschungsrate und ostdeutschen Wissenschaftlern wurde ergänzt durch Besuche in Instituten der ehemaligen Akademie der Wissenschaften. Die Forschungsrate verfügt über Mittel aus dem Wissenschaftshaushalt von umgerechnet jährlich über zwei Milliarden Mark.

Studentenwerk

(dpa) Die Studentenwerke in den neuen Bundesländern sollen in das Deutsche Studentenwerk aufgenommen werden. Während der Mitgliederversammlung Anfang April in Dresden werde auch die Satzung geändert, teilte ein Sprecher mit. In den neuen Bundesländern gibt es 15 Studentenwerke für die etwa 150 000 Studierenden an den Hochschulen. In Westdeutschland sind es 50 Studentenwerke für die rund 1,7 Millionen Studenten.

Neuer Rektor

(UZ) Der Musikwissenschaftler Prof. Wolfgang Magrat wurde kürzlich an der Hochschule für Musik „Franz Liszt“ in Weimar in sein Amt als neuer Rektor eingeführt.

Einsamer Protest

(UZ-Korr.) Aus Protest gegen das Urteil des Berliner Verwaltungsgerichtes, das kürzlich die Klage der Humboldt-Universität gegen die „Abwicklungs“-Anordnung des Berliner Senats zurückgewiesen hatte, ist der Theologe Dr. Dieter Kraft von seinem Amt als Mitglied des Akademischen Senats der Universität zurückgetreten.

Kraft begründete seinen Schritt in einem Brief an die SenatskollegInnen. Darin hieß er, den Rücktritt „als ein Zeichen des Protestes gegen eine politische Entscheidung zu verstehen, die – mutatis mutandis – unheimliche Analogien zu den dunkelsten Zeiten unserer Universitätsgeschichte nahelegt“. Wenn es nach besagtem Urteil nunmehr deutsches Recht sein sollte, daß Vertreter des Marxismus nicht nur aus Strukturgründen, sondern selbst dann zu entfernen seien, wenn sie nach der Auflösung der Sektion MA/verwaltungstechnische Aufgaben übernommen haben, dann erinnere ihn dieser Vorgang „auf fatale Weise an Säuberungsaktionen, die einstmals darauf zielten, die Universität „judenrein“ machen zu können.“

Er fügte hinzu: „Und so möchte ich meinen Rücktritt auch als einen bescheidenen Akt der Solidarität verstehen wissen. Eine Universität, die am Ende des 20. Jahrhunderts angewiesen wird, Marxisten auszugrenzen, wird faktisch dazu verurteilt, den Gedanken der universitas literarum preiszugeben.“



Den Frühling haben wir seit einigen Tagen, nun können wir auch wieder unsere Studenten zum Sommersemester begrüßen. UZ wünscht allen viel Erfolg!
Foto: UZ/Archiv

Leipziger Studenten an polnischer Uni

Chancen der Zusammenarbeit

„Seidem Polen frei und demokratisch ist, hat sich die Beziehung dazu, die sich vorher für das Land interessierten und einsetzen, merklich abgekühlt. Meine These: Die Deutschen finden in Polen nicht mehr, was sie vorher so an ihm mochten.“ So die Eingangsfeststellung von Helga Hirsch, Redakteurin der „ZEIT“, auf der Eröffnungsveranstaltung der alljährlichen „Sozialen Woche“ der Katholischen Universität Lublin.

Organisiert von den Lubliner StudentInnen und unter Beteiligung von vierzehn KommilitonInnen der Universität Leipzig sowie weiteren Studierenden aus Münster, Freiburg und Köln, war das Thema des Symposiums vom 11. bis 15. März „Polen angesichts der deutschen Vereinigung – Chancen einer neuen Zusammenarbeit“. Ein Fragezeichen fehlte bei dieser Beteiligung, und das war symptomatisch. Die Hoffnungen, die polnische Seite in die Bundesrepublik gesetzt werden, sind schier grenzenlos. Der Satz „Der Weg Polens nach Europa führt durch Deutschland“ habe bei den polnischen StudentInnen und WissenschaftlerInnen eine ausschließlich positive Bedeutung. Daß bei einer solchen geografisch-politischen Bestimmung Europa offensichtlich in Westeuropa liegt, wurde nicht problematisiert.

Den anwesenden Leipziger Studierenden fiel die unendliche Aufgabe zu, vor zu viel Euphorie an Betrachtung der schwierigen Entwicklung allein schon der interdeutschen Solidarität warnen zu müssen. Als Argumente für die optimistischsten Erwartungen in die deutsche Rolle beim polnischen Wirtschaftsaufschwung wurden von den Gastgebern u. a. entgegengestellt: emotionale Bindung an und Sympathien für Polen könnten deutsche Unternehmer zu Investitionen bewegen – und Helmut Kohl habe immer wieder sein Interesse an gemeinsamer Aufbauarbeit betont. Gerade die Hochachtung des deutschen Bundeskanzlers nahm mitunter geradezu unterwürfige Züge an. Dazu paßte es dann auch, daß der Dekan der Philosophischen Fakultät, Hw. Prof. Kondziela, der unter Umgehung des Akademischen Senats – welcher dann nicht mehr anders entscheiden konnte – Helmut Kohl in Bonn die Ehrendoktorwürde der Katholischen Universität angetragen hatte) es in einem solchen Zusammenhang fertigschrieb, die Rolle Willy Brandts bei der deutsch-polnischen Aussöhnung mit den Worten zu „würdigen“: „Zweifellos sind Brandts Verdienste hoch zu schätzen. Aber man sollte dabei nicht völlig vergessen, daß es ihm ganz nebenbei wohl auch darum ging, das trojanische Pferd der Sozialdemokratie in die PVAP einzupflanzen.“

Ein Besuch Majdaneks war im offiziellen Programm für die Leipziger StudentInnen nicht vorgesehen. Sie ließen einen anderen Programmpunkt aus und begaben sich an diese sehr deutsche Stätte. Neben ihnen waren die einzigen Besucher eine israelische Jugendgruppe, die in jede Gaskammer eine jüdische Fahne stellten, um sie dort zu fotografieren, und die Besatzung eines Konvois des Technischen Hilfswerks, die auf der Rückfahrt von „Hilfe für die Sowjetunion“ angehalten hatten.

Ein polnischer Student begleitete die Leipziger und meinte, er könne sich nicht richtig vorstellen, daß die Deutschen dort wirklich all das getan hätten, was die Informationsstafeln behaupteten. Es sei wohl vieles „ideologisch gefärbt“. Zuvor hatte er bei anderer Gelegenheit erzählt, daß er während eines Gastsemesters in Köln in eine Burschenschaft einreten wollte, jedoch nicht aufgenommen wurde, weil er Pole ist ...

PEER PASTERNAK

DBB will Absage an Sonderopfer

(DBB) Der Deutsche Beamtenbund (DBB) hat seine Absage an einseitige Sonderopfer der Beamten bei der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben bekräftigt. Konkret wendet sich der DBB gegen die in der Koalitionsvereinbarung der Bonner Regierungsparteien erklärte Absicht, die Beamten und Pensionäre im Zusammenhang mit Beitragsveränderungen in der Sozialversicherung mit einem sogenannten „Solidaritätsbeitrag“ in der diesjährigen Besoldungsrunde zu belasten. Der DBB begründet seine Forderungen mit den von der Bundesregierung erst nach der Koalitionsvereinbarung beschlossenen Steuererhöhungen, mit denen die Beamten wie alle gesell-

schaftlichen Gruppen in der Solidargemeinschaft der Steuerzahler belastet werden.

Als Konsequenz aus den Steuerbeschlüssen erwartet der DBB auch den Verzicht auf die zum 1. April vorgesehene Anhebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Nach den Steuerbeschlüssen muß nach Meinung des DBB der Verzicht, die Arbeitnehmer durch höhere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zusätzlich zu belasten ebenso vom Tisch wie die Absicht, die Beamten und Pensionäre mit zusätzlichen und einseitigen Solidaritätsbeiträgen zur Kasse zu bitten.

UNO-Arbeit an Uni

(UZ-Korr.) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen (DGVN), Dr. Joachim Krause, besuchte kürzlich die Universität Leipzig. Der DGVN geht es darum, die UNO-Arbeit in den neuen Bundesländern zu verstärken, umfassender über die UNO zu informieren und Initiativen zur aktiven Beteiligung an Programmen der UNO und ihrer Spezialorganisationen zu fördern. In den letzten Wochen hatten insbesondere Studenten des vom ehemaligen Institut für internationale Studien veranstalteten Zweitstudienganges „Internationale Beziehungen und ausländisches Recht“ um Mitgliedschaft in der DGVN nachgesucht.

In einem Gespräch mit dem Kommissarischen Direktor des Studienganges, Prof. Dr. sc. Wolfgang Kleinwächter, informierte er sich über die Bemühungen, die Arbeit der UNO in die Ausbildung von Studenten einzubeziehen.

Prof. Kleinwächter wies dabei darauf hin, daß es gegenwärtig heftige Auseinandersetzungen um die Fortführung dieses Studienganges im Studienjahr 1991/92 gibt.

Jugendkunstschule

(dpa) Eine Jugendkunstschule mit Kursen in bildender und darstellender Kunst wird im Herbst in Chemnitz eröffnet. Damit soll das Fehlen einer Kunsthochschule in Chemnitz kompensiert und die Lücke gefüllt werden, die für Amateurliebhaber durch den Wegfall der von vielen Betrieben getragenen künstlerischen Zirkel entstanden ist. Die Stadt will diese erste ostdeutsche Jugendkunstschule in Zusammenarbeit mit dem Verband der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen e. V. verwirklichen.

Förderpreis

(JW) Die Hanns Martin Schleyer-Stiftung hat für junge Wissenschaftler und Journalisten den Friedwardt Bruckhaus-Förderpreis 1991 zum Thema „Eine Nation – zwei Gesellschaften? Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Probleme des Zusammenwachsens“ ausgeschrieben. Es werden drei Preise in Höhe von je 10 000 DM vergeben. Für die Bewerber ist eine Altersgrenze von 30 Jahre festgelegt. Die eingereichten Beiträge sollen nicht älter als zwei Jahre sein. Einzusenden sind sie zusammen mit einer Kurzfassung, Lebenslauf und Lichtbild bis zum 30. 6. 91.

Betriebswirtschaft

(JW) Mit Beginn des Sommersemesters wurde an der Technischen Hochschule Zwickau der Lehrbetrieb im betriebswirtschaftlichen Studiengang wieder aufgenommen. Mit Unterstützung von Universitäten und Hochschulen aus den alten Bundesländern sollen Lehre und Forschung in den Wirtschaftswissenschaften neu aufgebaut werden.

Immatrikulation

(UZ-Korr.) Der Fachbereich Mathematik der Berliner Humboldt-Universität immatrikuliert in diesem Jahr erstmals auch wieder zum Sommersemester. Nähere Auskünfte erteilt die Studienabteilung des Fachbereichs Mathematik im Hauptgebäude der Humboldt-Uni, Unter den Linden 6, Raum 3045, Tel. 20 93 23 46.

UZettel

Alle leben jetzt hier in Freiheit, haben höhere Kaufkraft, die Abschottungen und ein Unrechtsstaat sind beseitigt. Zeigen Sie mir einen, dem es schlechter geht.

CDU-Generalsekretär
VOLKER RÜHE

Wer das Übel erst erkennt, wenn es schon sichtbar geworden ist, ist kein kluger Staatsmann.

MACCHIAVELLI

DFG-Förderung für unsere Geophysiker

Neben der Erkundung von Rohstofflagerstätten im tieferen Untergrund ist die Erforschung des oberflächennahen Bereichs eine wichtige Aufgabe der Geophysik. Dabei geht es sowohl um die Klärung des Schichtenaufbaus tertiärer und quartärer Ablagerungen als auch um den Nachweis von grundwasserführenden bzw. -stauenden Schichten. Insbesondere letzteres ist ein hochaktuelles Thema im Zusammenhang mit der möglichen Kontamination von Grundwasser durch genügend gesicherte Deponien und Altlasten. Der Nahbereich kann aber auch aufgrund seiner abschirmenden Wirkung die Erkundung tieferer Stockwerke behindern. Für die geophysikalische Untersuchung des oberflächennahen Bereiches kommen neben geoelektrischen Verfahren auch seismische Methoden zum Einsatz. Dabei werden mit Hammerschlag oder Fallgewicht an der Erdoberfläche angeregte Wellen an Schichtgrenzen im Untergrund reflektiert und über spezielle Er-

schütterungsaufnehmer registriert. Aus den digitalen Aufzeichnungen der Bodenbewegungen kann der Geophysiker nach entsprechender Bearbeitung der Daten Schlußfolgerungen über den Aufbau des Untergrundes ziehen.

In einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekt wollen Wissenschaftler des Institutes für Geophysik der Christian-Albrechts-Universität Kiel und des Instituts für Geophysik, Geologie und Meteorologie der Universität Leipzig Beiträge zur geophysikalischen Untersuchung des Nahbereiches leisten. Dazu ist vorgesehen, an ausgewählten Lokationen in Schleswig-Holstein und Sachsen seismische Experimente auszuführen und die Daten nach einer in Leipzig konzipierten Methodik zu bearbeiten. Die Geophysiker wollen damit eine detaillierte Aussage zu Struktur und stofflichem Inhalt des oberflächennahen Bereiches erreichen.

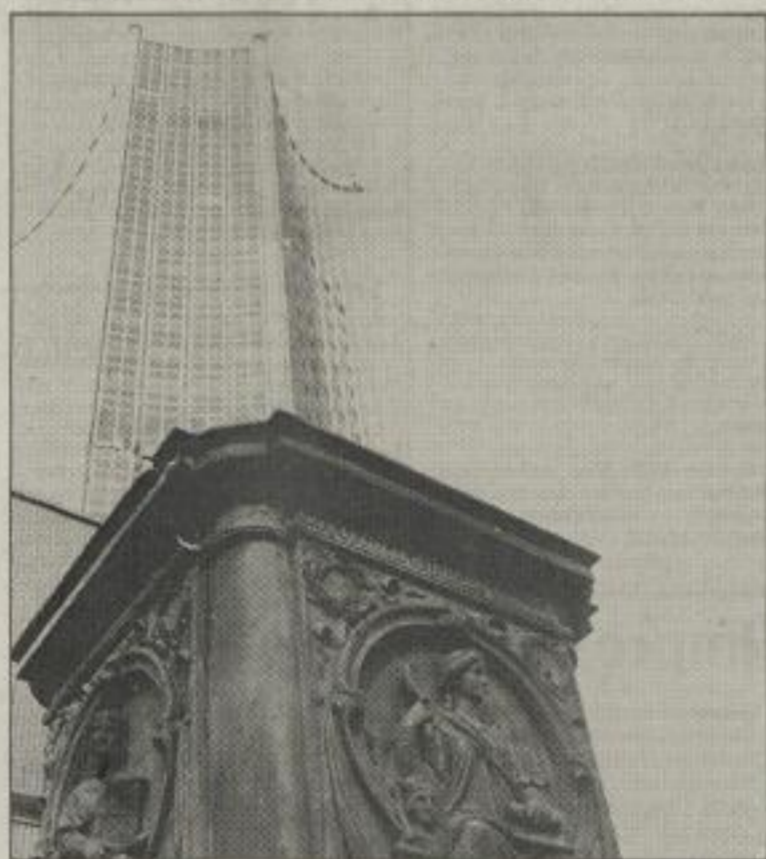
Dr. Sc. HELMUT G. MEYER

DBB - Berufsbildungswerk

(DBB) Das vom Bundeskabinett beschlossene „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ wird vom Deutschen Beamtenbund in den damit beabsichtigten Initiativen zum Verwaltungsaufbau in den neuen Bundesländern nachdrücklich unterstützt. Wie der DBB-Bundesvorsitzende Werner Hagedorn erklärte, unterstützen die Gemeinschaftswerke die richtigen Konsequenzen aus der Erkenntnis gezogen, daß ohne schnelle Fortschritte beim Verwaltungsaufbau in den neuen Ländern eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung nicht erreichbar

sei. In Übereinstimmung mit dem Bundeskanzler setzt sich der DBB dafür ein, schnelle und umfassende Maßnahmen zur Qualifizierung von Beschäftigten im ostdeutschen öffentlichen Dienst zu verwirklichen und den zur Beratung und Hilfe beim Verwaltungsaufbau notwendigen Einsatz westdeutscher Mitarbeiter durch die Einrichtung einer „Stellenbörse“ zu beschleunigen. Zur Qualifizierung von Beschäftigten im ostdeutschen öffentlichen Dienst will der DBB mit der Gründung eines eigenen Berufsbildungswerkes beitragen.

Sensationell: Leibniz war verschwunden!



(UZ/HLR.) Pünktig 0.13 Uhr (MESZ) stellte in der Nacht zum Ostersonntag eine Doppelstreife unserer vom Volkes Schutze im Leipziger Stadtbild jederzeit wirkungsvoll präsenten Polizei im Bereich der Universität eine gravierende Ordnungswidrigkeit fest: Die Gottfried Wilhelm Leibniz (1646 - 1716) repräsentierende Statue war von ihrem Sockel verschwunden! Glücklicherweise nicht spurlos, wie exzellente Kriminalexperten bei der Tatortbesichtigung feststellten. Eine sofort bundesweit eingeleitete Fahndung, an der sich auch Spezialisten des Bundeskriminalamtes, des Verfassungsschutzes sowie der medienbekannte Privatdetektiv Tassilo S. Gröbel beteiligten, blieb zunächst erfolglos. Ein hiesiger Polizeisprecher äußerte einem Reporter-Team der UZ gegenüber den schwerwiegenden Verdacht, daß die Täter der politisch-extremistischen Szene zuzuordnen seien. Denk-

bar sei aber auch, so bemerkte der Sprecher, daß beherzte Leipziger Bürger in ihrem Unmut das heilig umstrittene Karl-Marx-Relief am Uni-Hauptgebäude entfernen wollten, sich jedoch mangelnder Geschichts- bzw. Kunstkennnisse halber am verfeimten Gegenstand irten. Völlig unerklärlich in Polizeikreisen ist allerdings das ebenso unerwartete wie unbemerkte Wiederauftauchen der Statue an ihrem angestammten Platze wenige Stunden später. Die Polizei dankt der Bevölkerung auf diesem Wege für ihre Mitarbeit bei der Fahndung, von der sie bislang gar nichts wußte.

Sollte der Universalwissenschaftler Leibniz, der als blutjunger Student die Leipziger Uni im Zorn verließ, etwa seine spätere Liebe zu unserer Hohen Schule entdeckt haben? Fragen über Fragen.